

Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit und die Gedenkstättenförderung in Sachsen

Dr. Detlef Garbe, Historiker, Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Hamburg, Mitglied im Expertengremium Gedenkstättenförderung bei der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien

Die Gedenkstätten sind in den zurückliegenden drei Jahrzehnten von der Peripherie ins Zentrum der Geschichtskultur gerückt. Angesichts der Zunahme der Zahl an Ausstellungen, Publikationen und Programmen sowie einem stetig gestiegenen Besucherinteresse ist die Gedenkstättenentwicklung zweifellos eine bundesdeutsche Erfolgsgeschichte. Und doch befinden sich die Gedenkstätten im Gegenwind und sehen sich großen Herausforderungen und Gefahren ausgesetzt.

Hier sind natürlich der folgenschwere Verlust der Zeitzeugen zu nennen, die sich vergrößernde zeitliche Distanz, der Generationenwechsel, die sich in der digitalen Welt nicht nur bei Jugendlichen rapide verändernden Ansprechbarkeiten, die Herausforderungen einer zunehmend multiethnischen Gesellschaft mit Migrationshintergründen und Fluchtgeschichten, die nicht von den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges und den deutschen Diktaturen geprägt sind. Veränderungen des politischen Bezugfeldes werden auch bedingt durch die sich in den letzten Jahren insbesondere in Afrika und Asien mehrenden kriegesischen Auseinandersetzungen und globale Krisen, die in Form des Terrorismus auch unmittelbar bei uns Auswirkungen haben. In Zeiten, in denen Autokraten nationalstaatlichen Eigennutz, Abschottung und neue Aufrüstung nach innen wie außen propagieren, fragen sich viele, ob die gesellschaftliche Verankerung der demokratischen Errungenschaften, die institutionellen Sicherungen des Rechtsstaates und die internationale Friedensordnung stark genug sind.

In dieser Situation schwindender Gewissheiten wird nun – dieses scheint mir die größte aktuelle Herausforderung für die Gedenkstättenarbeit zu sein – die in den zurückliegenden Jahrzehnten in einem mühsamen Prozess gesellschaftlicher Verständigung erstrittene und gefestigte bundesdeutsche Erinnerungskultur von dem erstarkenden Rechtspopulismus infrage gestellt. Die Umdeutung von Geschichte ist hierfür ein zentrales Instrument. Besonders offensichtlich zeigte dies die gezielte Provokation, für die der Vorsitzende der AfD-Fraktion im thüringischen Landtag am 17. Januar 2017 das Ballhaus Watzke in Dresden wählte. Wer die Worte von Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 über die Befreiung vom Nationalsozialismus als „Rede gegen das eigene Volk“ brandmarkt, eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ fordert und völkische Denkweisen vertritt, der bereitet einem neuen Nationalismus und der Wiederkehr von Leugnung, Aufrechnung und Relativierung den Weg.

Auch Gedenkstätten, die an das Unrecht des SED-Regimes erinnern, sehen sich heute Infragestellungen gegenüber, die sich aus fehlender Kenntnis vieler Junger, sturer Leugnung einiger Alter und nostalgischer Verklärung speisen. Was politische Justiz bedeutete, wie das Spitzelsystem des Ministeriums für Staatssicherheit wirkte, was Überwachung und Grenzregime anrichteten, kann in Gedenkstätten anhand der baulichen Sachzeugen und biografischer Erzählungen veranschaulicht werden.

Die DDR war zweifelsohne eine Diktatur, die in vielerlei Hinsicht von Unfreiheit und Unrecht geprägt war. Dass sie gleichwohl etwas anderes war als die nationalsozialistische Herrschaft, die einen Vernichtungskrieg führte, nahezu ganz Europa unterwarf und den Völkermord zum Staatsziel erklärte, ist offenbar, das novellierte sächsische Stiftungsgesetz spricht hier von „grundlegenden Unterschieden“. Obwohl dies in Politik und Öffentlichkeit nicht ernsthaft bestritten wird, bereiten Schwerpunktsetzungen in der Forschungsförderung und der Bildungsarbeit den Weg zu Wahrnehmungen, die nicht Differenzierungen stärken, sondern die Tendenz zur ahistorischen Gleichsetzung. Auf entsprechende Ungleichgewichte weist auch eine gemeinsam von der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten und dem FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und –initiativen erarbeitete Erklärung hin.

LINK einfügen:

http://www.gedenkstaettenforum.de/fileadmin/forum/Datei_rechte_Seite/2017-05-05_Erinnerungskultur_und_historisch-politische_Bildung_staerken.pdf

Zwar hat die Novelle des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes von 2012 dazu geführt, dass nunmehr auch der Nationalsozialismus beim Namen genannt wird, der besondere Charakter des NS-Terrors angesprochen und NS-Regime und DDR nicht mehr unter dem Begriff „politische Gewaltherrschaft“ in eins gesetzt werden. Gleichwohl gab es auch in den letzten Jahren in der Presse, bei den Verbänden und im Landtag immer wieder die Frage, ob in den sächsischen Förderentscheidungen nicht doch anders akzentuierende politische Prioritäten sichtbar werden. In dem nun schon seit zwei Jahrzehnten währenden Konflikt um die Gewichtung der Ausstellungsteile im DIZ Torgau wird bis heute darum gerungen, wie am letzten Standort des Reichskriegsgerichts und der

bedeutenden Militärgefängnisse Fort Zinna und Brückenkopf die konzeptionell geforderte Schwerpunktsetzung auf die Wehrmachtjustiz sichtbar werden kann. Es ist zu hoffen, dass den Absichtserklärungen nach den Workshops in Torgau endlich auch Taten folgen.

Auch wenn der Freistaat Sachsen mit der Stiftung auf Landesebene eine Organisationsstruktur geschaffen hat, die es zu stärken und fortzuentwickeln gilt, sind gleichwohl daneben zahlreiche weitere Faktoren für eine gelungene Gedenkstättenarbeit unverzichtbar. Ich nenne neben der Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, das es zu unterstützen und nicht zu reglementieren gilt, die Vernetzung mit Bildungsträgern, den Schulen und Universitäten, aber auch mit kulturellen Einrichtungen wie den Theatern, Büchereien und Museen. Dabei ist auch die Ergänzung der öffentlichen Förderwege durch die Gewinnung von Stiftungen und Medien als Kooperations- und Förderpartner anzustreben. Die pädagogischen Angebote in der Besucherbetreuung, die Ausstellungs- und Publikationsvorhaben sowie die vielfältigen Veranstaltungsformate der Gedenkstätten, über die der Newsletter der Stiftung als wichtiges Informationsorgan regelmäßig informiert, sind meines Erachtens noch stärker durch zielgruppenorientierte Angebote zu ergänzen. Ich denke hier an Angebote für besondere Berufsgruppen beispielsweise durch Partnerschaften mit berufsbildenden Schulen und Fortbildungseinrichtungen.

Vernetzungen sind auch über die Landesgrenzen hinaus in andere Bundesländer und in unsere Nachbarstaaten hinein anzustreben. Natürlich sollten sich die Leiterinnen und Leiter der Gedenkstätten wie auch andere Mitarbeiter in bundesweite und internationale Kooperationen einbringen können. Eine hier verweigerte Dienstreise mag zwar die Haushaltsmittel schonen, aber sie ist auch ein versäumter Kompetenzgewinn, ein Verlust an Motivation und eine Absage an Kooperationschancen.

Gerade angesichts der beschriebenen gesellschaftlichen bzw. politischen Herausforderungen bedarf es einer Verankerung der Gedenkstätten in ihrem städtischen und regionalen Umfeld, Fördervereine und Kooperationen mit möglichst vielen Akteuren des öffentlichen Lebens. Gedenkstätten dürfen keine staatlichen Erinnerungsagenturen sein, die ein politisch vorgegebenes Geschichtsbild vermitteln, sondern sie müssen vor dem Hintergrund der vielschichtigen historischen Erfahrungen, die mit der Geschichte des jeweiligen Ortes verbunden sind, Anstöße zu Fragen und Diskussionen bieten. Der Opfer zu gedenken heißt Nachdenken, nicht allein Andächtigkeit ist gefordert, sondern Anstößigkeit und Erziehung zur Mündigkeit.